
Mitteilungen und Berichte

Karl-Lamprecht-Vortrag 1991 „Armut im vorindustriellen Sachsen – Konturen eines Forschungsvorhabens“ von Helmut Bräuer

Am 11. Oktober 1991 hielt *Prof. Dr. H. Bräuer*, Universität Leipzig, den ersten öffentlichen Karl-Lamprecht-Vortrag.

Mit dem Thema „Armut im vorindustriellen Sachsen“ regte der Referent die Aufnahme der Arbeit an einem anspruchsvollen sozialgeschichtlichen Thema an, dessen Bewältigung nur im Zusammenwirken von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen denkbar ist. Die anvisierte Problemstellung verfolgt *Bräuer* vom 12. bis zum 18. Jh. Dieser weitgespannte Bogen reicht von der Frage, wie sich tatsächliche Armut zu einem jeweiligen Zeitpunkt feststellen und definitorisch erfassen läßt, bis zur Notwendigkeit, die viele Gegensätze enthaltenden Reaktionen der Gesellschaft in dieser Vielschichtigkeit zu erfassen.

Die zahlreichen Gedanken zum Thema verband der Referent immer wieder mit Auskünften aus aussagekräftigen Quellen, so daß die Perspektiven möglicher Annäherungen direkt am überlieferten Material sichtbar werden konnten. Beispielsweise warf er die Frage nach dem Selbstverständnis dieser Gruppe auf; erörterte, welche Hoffnungen, Planungen, Erwartungen und Wünsche diese Menschen jeweils hatten. Zugleich gelte es, so *Bräuer*, auszumachen, wie sich die jeweiligen Behörden den aus der Armut resultierenden Problemen stellten. Mentale Untersuchungen seien gefordert, um

das Zusammenleben von Armen und all den anderen Mitgliedern der Gesellschaft in seinen Veränderungen zu erfassen. Von der barmherzigen Nächstenliebe bis zu Versuchen der Teufelsaustreibung und Hexenverfolgung habe das Spektrum gesellschaftlicher Reaktionen gereicht – aber wann schlug das Pendel aus, wer vermochte, meinungsbildend zu wirken, und welche Institutionen erkannten in welcher Situation, daß nun eingeschritten werden müsse?

Die Armen, so stellte der Vortragende fest, habe es in der zur Untersuchung unstehenden Zeit immer gegeben, darüber hinaus sei aber auch sicher gewesen, daß ihre Zahl zunehmen werde. Als Reaktion darauf mußte auch die Politik reagieren. Wie sah ihr Eingreifen aus, welche Praktiken fanden Anwendung und – vielleicht noch wichtiger – mit welchen Resultaten?

Es liegt in der Natur der Sache, daß Problemstellungen in diesem Vortrag den Vorrang hatten. Doch bereits die souveräne Stoffbefragung und die vortreffliche Problemeinführung wurden von den Anwesenden als ein herausragendes wissenschaftliches Ereignis gewürdigt.

Die Druckfassung des Vortrages kann über die Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V., Ch.-Probst-Str. 3, 7026 Leipzig, bezogen werden.

Gerald Diesener

The Middle East Institute (TMEI)

Das Middle East Institute gründeten im Jahre 1946 *Christian Herter*, später US-Außenminister, und der Architekt *George Camp Keiser*. Es ist eine der ältesten nichtprofitorientierten Einrichtungen dieser Art. Im Herzen von Washington D.C. gelegen, haben sich seine 38 Mitarbeiter (1991) einen Namen gemacht vor allem durch:

– Das vierteljährlich erscheinende *The Middle East Journal*, dessen Chronologien, Buchbesprechungen und Periodika-Bibliographien bis in das Gründungsjahr zurückreichen. Das Journal hatte 1990 rund 4 300 Abonnenten.¹

– Die *George Camp Keiser Library*, die (im Garten hinter dem Institut) einen Bestand von rund 25 000 Bänden und 500 Periodika aufweist. Sie birgt türkische, arabische und persische Spezialliteratur und gilt (nach der *Library of Congress*) als die zweitgrößte Washingtoner Mittelost²-Forschungsstätte. Die Technik in der *Keiser-Library* entspricht dem Standard in den USA, bei dem laufende Computer-Bibliographien zumeist 1975 oder 1981 einsetzen. Seit 1985 gehört zu dem architektonisch reizvollen Gebäude hinter dem *Damaszener Springbrunnen* auch das *Sultan Qaboos Center*, das für Arbeiten zur Arabischen Halbinsel und über Süd-West-Asien besonders gut ausgerüstet ist.³

– Jährlich rund 50 Sonderprogramme, unter denen der Sprachunterricht in Arabisch (gemeinsam mit der *Morgan State University* in Baltimore), Hebräisch, Persisch und Türkisch sowie der *United States Outreach Fund* herausragen. Der 1989 eingerichtete Fonds beinhaltet ein Grant-Programm für

Studien in den USA auf den Gebieten Bildung, Medien, Kunst, Sprachen, Geschichte und Religion, die US-Bürger über Mittelost durchführen (1990: 19).

– Als Herausgeber von Publikationen und als Organisator von Konferenzen, bei denen das Jahrestreffen des Instituts einen besonderen Platz einnimmt, versammeln sich doch bei dieser Gelegenheit auch seine über 700 Mitglieder.⁴

Präsident des TMEI ist *Lucius D. Battle*, Vizepräsident und Herausgeber des Journals ist *Christopher van Hollen*. Etwa zwei Drittel eines Jahreshaushaltes werden durch Spenden bestritten. Andere Quellen bilden die Beiträge der Mitglieder und Einnahmen aus den Programmen.⁵

Obwohl das Institut laut Statut nicht politische Ziele verfolgt, informiert es zum Zeitgeschehen. So hat es unalänglich über die Irak-Kuweit-Krise und den Krieg am Golf berichtet sowie diesem Thema seine 44. Jahreskonferenz (1990) gewidmet. Auch damit behauptet das Institut seine zentrale Stellung unter den nahezu 200 Nah- und Mittelost-Einrichtungen, die sich allein in der Hauptstadt der USA niedergelassen haben.

Wolfgang Schwanitz

- 1 *The Middle East Journal*, Washington D.C., 45 (Winter 1991) 1; seit der Frühjahresausgabe 1989 in Verbindung mit *Indiana University Press*. B. F. Stowasser/K. H. B. Manalo *Cumulative Index to the Middle East Journal*, 1947-66. Washington D.C. 1972.
- 2 Amtliche Mittelost-Definition des *Government Printing Office*: An area in Asia and Africa between and including Libya in the west, Pakistan in the east, Turkey in the north and the Arabian Peninsula in the south.
- 3 H. F. Eils, *A Friendship two Centuries old: The United States and the Sultanate of Oman*. Washington D.C. 1990.

- 4 The Middle East Institute, 1 761 N Street N.W., Washington D.C. 20 036, Tel.: 202 785 1141. Ich danke Christopher van Hohen und Stephen B. Glazer für die freundliche Auskunft und Führung.
- 5 Ausf. vgl. K. Palmer, The Middle East Institute Newsletter. Washington D.C. 1991, 4, S. 3: Demnach z.B. das Finanzjahr 1990 mit: Einnahmen 1,3 Mio Dollar (in Prozent von Korporationen und Foundations 62, Programmen 20, Individuen und Zinsen je 9) und Ausgaben 1,2 Mio Dollar (in Prozent für: Gehälter 37, Grants 19, Konferenzen 16, Einkäufe 13, Sprachunterricht und Bibliothek 9, Beteiligung an Stiftungen 6). Das TMEI versteht sich als „educational foundation“ laut Federal Income Tax, Sect. 501 (c) (3).

Liberté du travail et liberté d'entreprendre: la loi Le Chapelier et le décret d'Allarde, leurs conséquences, 1791 - fin XIX^e siècle

Das Institut d'Histoire de l'Industrie – eine 1989 gemeinsam von Spezialisten der Wirtschaftsgeschichte und Ökonomen gegründete Forschungseinrichtung, die industriegeschichtliche Forschung und wirtschaftspraktische Diskussion enger miteinander verbinden soll – veranstaltete am 28. und 29. November 1991 in Paris ein Kolloquium zum Thema „Freiheit der Arbeit und Freiheit des Unternehmertums. Das Gesetz Le Chapelier, das Dekret d'Allarde und deren Konsequenzen für das 19. Jahrhundert“.

Historiker, Juristen und Ökonomen aus Frankreich, Deutschland, Italien und den USA – darunter *L. Bergeron*, *F. Caron* (Paris), *H.-G. Haupt* (Florenz) und *S. L. Kaplan* (Cornell) – waren eingeladen, ökonomische Diskussion und Gesetzgebung der Konstituante in die Geschichte des 18. und 19. Jh. einzuordnen und deren Auswirkungen

auf die Industrialisierung Frankreichs im 19. Jh. im europäischen Vergleich zu problematisieren.

Im ersten thematischen Schwerpunkt standen wirtschaftliche Entwicklung und ökonomische Diskussion am Ende des Ancien Régime – *Kaplan*, *C. Koepp* (Cornell), *Ph. Minard* (Lille) –, die der revolutionären Gesetzgebung des Jahres 1791 und ihren unmittelbaren Konsequenzen gegenübergestellt wurden – *H. Burstin* (Sienna), *M. Dorigny* und *J. Imbert* (Paris) – im Mittelpunkt des Interesses. *Koepp* machte u.a. am Beispiel der ökonomischen Schriften von Goyon de la Plombanie, des Herausgebers des „Journal économique“, die widerspruchsvolle Haltung der Aufklärung zur Freiheit des Unternehmertums deutlich, die im Spannungsfeld von „liberté d'individu“ und notwendiger „contrôle social“ stand. *Minard* regte mit seinem Beitrag über die *inspecteurs des manufactures* am Ende des 18. Jh. eine interessante Diskussion zum Problem des Marktes als legitimem Regulator von Preis und Qualität an, der am Ende des Ancien Régime staatliche und korporative Reglementierungen und Qualitätskontrolle immer stärker in Frage stellte.

Im zweiten Schwerpunkt wurden Konsequenzen der loi Le Chapelier und des décret d'Allarde für die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs im 19. Jh. in Europa (*Haupt*) – und deren Wiederhall in Diskurs und politischer Aktion von Arbeitern und Unternehmern diskutiert, so aufgrund der Beiträge von *S. Chassagne* (Rouen), *J.-P. Hirsch* (Lille), *W. Reddy* (North Carolina), *F. Demier* (Paris) unterstrich die Unmöglichkeit eines avisierten „rétour en arrière corporative“ in

der Phase der Restauration zwischen 1815 und 1830. *Haupt* problematisierte die unterschiedlichen Entwicklungen in Deutschland und Frankreich v. a. mit Blick auf die Mittelschichten. In Deutschland blieb der Geist der Korporationen im 19. Jh. lebendig, die Mittelschichten verteidigten ihre besondere Stellung zwischen Bourgeoisie und Proletariat und brachten eigene Werte in die Entwicklung des Kapitalismus ein, u. a. die Tradition einer soliden Berufsausbildung. Die soziale Mobilität der Mittelschichten in Deutschland war deutlich geringer als in Frankreich, diese Tatsache verdient im Kontext mit dem Erfolg konservativer Ideologien bei dieser Personengruppe zweifellos besondere Aufmerksamkeit.

In einem dritten Schwerpunkt standen gesetzliche Grundlagen und Einflußnahme des *Statutes versus* Freiheit des Unternehmertums und deren wirtschaftliche und soziale Folgen im Mittelpunkt des Interesses. Letztere wurden von *J. Ibarrola* (Grenoble) und *B. Gibaud* (Paris) angesprochen. *Gibaud* betonte die Konsequenzen des *Le Chapelier*-Gesetzes für die Herausbildung von sozialen Unterstützungskassen, die aufgrund des Koalitionsverbotes nicht an Gewerkschaften angebunden werden konnten. Diese Besonderheit des französischen Renten-, Unfall- und Krankenversicherungssystems hatte zweifellos negative Konsequenzen für die Stärke der französischen Gewerkschaftsbewegung. *P. Crayez* (Grenoble) und *A. Lefebvre-Teillard* (Paris) verfolgten die Entwicklung von Unternehmen parallel zur Wirtschaftspolitik von Restauration, Bürgermonarchie und zweitem Kaiserreich. Das unter Napoleon III. verabschiedete Gesetz zur Bildung von

„sociétés anonymes“ hob 1867 die Beschränkungen der *loi Le Chapelier* auf.

Die von *Caron* vorgetragene Bilanz der Diskussion machte deutlich, daß die Konsequenzen der Gesetze *Le Chapelier* und *d'Allarde* für die Entwicklung der Arbeiterklasse in Frankreich bereits Gegenstand zahlreicher Untersuchungen sind; *Ibarrola* unternahm aus marxistischer Sicht den Versuch einer Synthese für den Zeitraum 1791 bis 1869, der v. a. vor dem Hintergrund der vielfältigen methodischen Neuansätze in den letzten zwei Jahrzehnten nicht unwidersprochen blieb. Untersuchungen zum ökonomischen Denken bedeutender Persönlichkeiten des 18. und frühen 19. Jh., wie *Jean-Marie Roland (Dorigny)*, *Nicolas Louis François de Neufchâteau (D. Margairaz)* oder *Jean-Baptiste Say (Demier)* verweisen ebenfalls auf eine traditionelle Domäne der Forschung. Untersuchungen zum wirtschaftspolitischen Diskurs der Unternehmer wie auch betriebsgeschichtliche Studien stellen dagegen nach wie vor ein Desiderat der französischen Forschung dar.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen Ökonomen, Soziologen, Juristen und Historikern wie auch die Ausweitung des Blickfeldes auf den europäischen Vergleich sind notwendige Voraussetzungen für weitere Forschungen auf dem Gebiet der Geschichte der Industrialisierung. Aus methodischer Sicht erscheint der Hinweis auf die spiegelbildlichen Untersuchungen zur Geschichte von Bourgeoisie und Proletariat, die den jeweiligen Antipoden einbeziehen und besonders von *H. Zwhar* angeregt wurden, interessant.¹ In diesem Sinne wird künftige sozialgeschichtliche For-

schung durchaus in der Lage sein, den Herausforderungen von „histoire des mentalités“ und politischer Geschichte zu begegnen, wie *Kaplan* und *A. Plessis* (Paris) in ihrem Plädoyer betonten.

Die Bedeutung des Kolloquiums für die wirtschaftspolitische Diskussion der Gegenwart wurde durch den abschließenden Diskussionsbeitrag des französischen Industrieministers *D. Strauss-Kahn* unterstrichen, der auf das Spannungsfeld von „liberté d'entreprendre“ und die Notwendigkeit staatlicher Steuerung und sozialer Absicherung verwies - eine Fragestellung, die vor dem Hintergrund der Ausgestaltung des „europäischen Hauses“ intensives gemeinsames Nachdenken erfordert.

Steffen Sammler

- 1 Vgl. H. Zwahr, *Proletariat und Bourgeoisie in Deutschland. Studien zur Klassendialektik*, Köln 1980.

Vom bourbonischen Jahrhundert zur Unabhängigkeit – Alexander von Humboldt und das Geschichtsbild von Amerika.

Wissenschaftliches Kolloquium an der Universität Leipzig

Die internationale Tagung zum Wirken Alexander von Humboldts in und für Amerika wurde am 5. Dezember 1991 vom Institut für Universal- und Kulturgeschichte der Neuzeit an der Universität Leipzig veranstaltet und von der Alexander von Humboldt-Stiftung großzügig gefördert.

In seinem Eröffnungsvortrag sprach *M. Kossok* (Leipzig) über die Einheit der geistes- und naturwissenschaftlichen Auffassungen Alexander von

Humboldts und von der komplexen, universalhistorischen Methode, mit der dieser die lateinamerikanische Realität beschrieb. Er plädierte für eine umfassende Aufarbeitung der „historischen Dimension“ im Gesellschafts- und Amerikabild Humboldts, die eigentlich längst einen festen Platz in der Geschichte der Geschichtsschreibung haben müßte. Humboldt strebte gesellschaftliche Veränderungen zur Verwirklichung politischer und sozialer Gleichheit an und verteidigte die Errichtung von Republiken in Lateinamerika gegen das importierte monarchische Modell. Er wollte die indianischen Ureinwohner rehabilitieren, ohne daß er sie nach der Vorstellung des „bon sauvage“ idealisierte. Obwohl Humboldt demokratische Verhältnisse befürwortete, hielt er Diktaturen als transitorisches Element zur Erlangung der Unabhängigkeit für notwendig, woraus sich z.B. erklärt, warum Humboldt das allgemeine Haititrauma nicht teilte. Weiter als viele Zeitgenossen sah Humboldt, als er später die Independencia als Teil eines globalen revolutionären Prozesses betrachtete.

Max Zeuske (Rostock) hielt ein Referat über „Kolumbus und die Conquista. Die spanische Eroberung im Urteil Alexander von Humboldts“. Er führte eine Reihe von Zitaten an, die belegen, daß Humboldt die spanische Kolonialherrschaft aus moralischen Gründen und wegen ihrer ökonomischen Widersinnigkeit scharf verurteilte. Auch dessen Urteil über Kolumbus sei differenziert gewesen und habe neben der Würdigung der Verdienste des Entdeckers harte Kritik an den Folgen seiner Politik gegenüber den Indianern eingeschlossen.

U. Thiemer-Sachse (Berlin) äußerte sich zur Thematik „Alexander von Humboldt, die Ureinwohner Amerikas und das Problem des weltweiten Vergleichs“. Sie stellte fest, daß Humboldt nicht nur die Zeugnisse der indianischen Kulturen studiert und sich um deren Bekanntmachung in Europa bemüht habe, sondern auch weltweite Vergleiche zwischen den Kulturen, z.B. den Kulturen der indianischen Ureinwohner und zentralasiatischer Kulturen, angestellt habe.

Der Vortrag *E. Kalwas* (Leipzig) beschäftigte sich mit „Alexander von Humboldt, die Entdeckungsgeschichte Brasiliens und die brasilianische Geschichtsschreibung des 19. Jh.“. Humboldts Brasilien-Reise im Jahr 1800, der Haftbefehl der portugiesischen Krone gegen ihn, der erst 1848 davon erfuhr, wurden ebenso vorgestellt wie die Ergebnisse der Untersuchungen *Kalwas* zur Frage, welche neuen Erkenntnisse Humboldt in den „Kritischen Untersuchungen über die historische Entwicklung der geographischen Kenntnisse in der Neuen Welt...“ zur Entdeckungsgeschichte Portugals beigetragen und welchen Einfluß Humboldt auf die brasilianischen Historiker *Francisco Adolpho de Varnhagen* und *Capistrano de Abreu* ausgeübt habe.

U. Moheit (Berlin) sprach über „Alexander von Humboldts Briefe aus Amerika und ihre Wirkung in Europa“. Sie wies darauf hin, daß die Korrespondenz Humboldts mit Gelehrten und Naturforschern in Frankreich, England, Deutschland und Spanien von Anfang an zur Publikation in deren Zeitschriften gedacht war, um den europäischen Leser sofort über die neuesten Forschungsergebnisse über Lateinameri-

ka zu informieren und falsche Vorstellungen über diesen Kontinent zu beseitigen.

B. Schröter (Leipzig) ging in seinem Vortrag „Alexander von Humboldt und die 'Nachfolger' - Eduard Friedrich Poeppig“ auf die Wirkung Humboldts und seines Werkes auf Leipziger Wissenschaftlerkreise ein und unterstrich, daß die Reise des jungen Botanikers *Eduard Poeppig* nach Amerika von 1822 bis 1832 zumindest teilweise von Alexander von Humboldt inspiriert worden sei.

A. Alert (Rostock) widmete sich in ihrem Referat „Isolation oder Vernichtung? Indianer in Venezuela und Kolumbien in den Berichten deutscher Reisender (1850-1930)“ dem Werk einiger Nachfolger Humboldts, den deutschen Reisenden in Venezuela *Adolf Ernst*, *Wilhelm Sievers*, *Alfred Jahn* und *Theodor Koch-Grünberg*, die zwar einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der indianischen Kulturen geleistet hätten, sie aber vom Standpunkt der europäischen Industriegesellschaft betrachteten, wobei der europäische Fortschrittsbegriff sie unfähig machte, andere Kulturen vorurteilsfrei zu akzeptieren.

C. Stoetzer sprach über „Alexander von Humboldt y la emancipación hispanoamericana y su base medieval e hispánica“ und betonte dabei, daß die geistigen Grundlagen der Entwicklung Lateinamerikas zu Beginn des 19. Jh. weniger die Einflüsse der europäischen Aufklärung in ihrer spanischen Variante als vielmehr die traditionelle scholastische Philosophie eines *Suárez*, die Wiederbelebung der Traditionen des *Cabildo* und das erneute Studium der traditionellen spanischen Gesetzgebung für die Überseeprovinzen gewesen sei-

en. *Stoetzer* wiederholte die These „que las Indias nunca fueron colonias“, die er durch Humboldts Auffassungen bestätigt sähe.

M. Faak (Berlin) stellte ihre Forschungsergebnisse zum Thema „Alexander von Humboldt und die lateinamerikanische Unabhängigkeitsrevolution – Persönliche Begegnungen und Freundschaften mit Patrioten“ vor. An der Tatsache, daß die meisten Bekannten Humboldts aus der kreolischen Aristokratie, dem Bürgertum und Wissenschaftlerkreisen im Verlauf der Independencia gefallen oder hingerrichtet worden seien, zeige sich die menschliche Dimension der Independencia, und es stelle sich zugleich die Frage, inwieweit die Wirren der Nachemanzipation durch die Vernichtung der geistigen Elite der spanisch-amerikanischen Staaten präfiguriert worden seien.

M. Zeuske (Leipzig/Köln) hielt ein Referat zum Thema „Von der ‘guten Regierung’ zur ‘besseren’ Regierung?“ Alexander von Humboldt und das Problem der Transformation in Spanisch-Amerika“ und stellte seine Auffassungen zur Darstellung der Geschichte Spanisch-Amerikas in chronologischen Rhythmen vor. Für Venezuela könne bis 1816 nicht die Rede von Revolution sein, die Handlungen der Oligarchie hätten eher traditionellem Widerstandsverhalten entsprochen, wobei später eine nationale Tradition erfunden worden sei. *Zeuske* betonte, daß „bourbonische Reformen“ und „Independencia“ als reformerische und revolutionäre Etappe eines Transformierungsprozesses aufzufassen seien.

Über die „Presencia de Alejandro de Humboldt en la historia de Cuba“

sprach *C. Guevas Dias* (La Habana), wobei sie mit José de la Luz y Caballero Alexander von Humboldt als „segundo descubridor de Cuba“ würdigte. Sie hob vor allem Humboldts Ausführungen über die Zuckerproduktion und die Plantagenwirtschaft hervor, die bis heute für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Kubas von Bedeutung seien. Humboldt habe damals auch konkret technologische Vorschläge gemacht.

R. Vornefeld (Nürnberg) trug ein wirtschaftshistorisches Referat vor: „Alexander von Humboldt und die bourbonische Reformpolitik im Vizekönigreich Neu-Spanien“, wobei sie Humboldts Berichte und Statistiken über die wirtschaftliche Lage in Neu-Spanien in Verbindung mit der Frage brachte, ob die wirtschaftlichen Maßnahmen der spanischen Reformpolitik in Mexiko am Vorabend der Unabhängigkeitsrevolution zu einer Inflation geführt hätten.

Die wissenschaftliche Diskussion während des Kolloquiums konzentrierte sich auf folgende Themenkomplexe: Handelte es sich bei dem Zusammentreffen zwischen Ureinwohnern und Europäern nur um Vernichtung der einen Seite, nicht auch um Begegnung zweier Kulturen (*Max Zeuske*), oder um einen Kulturschock, der dann aber auch eine Kultursymbiose bewirkte (*Kossok*)?

Thierner-Sachse wies darauf hin, daß die indianischen Ureinwohner die Begegnung mit der anderen Kultur entsprechend ihren differenzierten Existenzweisen in sehr unterschiedlicher Weise bewältigt hätten. *W. Ernst* (Essen) betonte, auch Humboldts Auffassungen seien eurozentristisch gewesen, da schon der Versuch des Kul-

turvergleichs und des Ausgehens von einer Welt von einem Geschichtsdiskurs geprägt sei, den es so nur in Europa gäbe und der von der abendländischen Philosophie bestimmt sei.

Ein zweiter Diskussionsschwerpunkt resultierte aus dem Vortrag *Stoetzers*; gegen seine Argumente wurde von mehreren Stellen vorgebracht, daß Aufklärung und traditionelles Denken in Spanisch-Amerika nicht gegeneinander gestellt werden könnten, da sie in Symbiose existiert hätten.

In Widerspruch zu den Thesen *Michael Zeuskas* warnte *Kossok* vor einer vorschnellen Aufgabe des Revolutionsbegriffs, chronologische Rhythmen müßten für die einzelnen Regionen gefunden werden, da es sich auf jeden Fall um Unabhängigkeitsrevolutionen gehandelt habe.

Das Kolloquium rückte den Teilnehmern ins Bewußtsein, daß der Fundus des Humboldtschen Gedankenguts in Bezug auf die Geschichtswissenschaft noch längst nicht erschöpfend genutzt wird und daß Humboldts anderen Kulturen gegenüber tolerant und aufgeschlossene Haltung noch heute beispielhaft ist.

Ulrike Schmieder

Warum Menschen fliehen – Dimensionen, Richtungen und Folgen von Fluchtbewegungen **Kolloquium an der Universität Leipzig am 3. Dezember 1991**

Das Lehrgebiet Entwicklungsstudien der Universität Leipzig und die Sächsische Gesellschaft für Auslandsinformation und interkulturelle Fragen richteten

gemeinsam dieses Kolloquium aus.

Eingeleitet wurde es mit einem Beitrag des Ausländerbeauftragten der Stadt Leipzig, *S. Gugutschkow*, über die Situation der ausländischen Mitbürger in der Messestadt. Er warb um Verständnis, insbesondere für die ca. 500 Asylsuchenden in Leipzig, die ihre Heimat wegen unerträglicher Lebensumstände verlassen mußten, aller bisherigen sozialen und kulturellen Bindungen verlustig gingen und ohne nennenswerte Artikulations- und Kommunikationsmöglichkeiten in Deutschland auf eine größtenteils feindselige Umwelt träfen.

Kriege und Bürgerkriege, Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen sowie schwerwiegende politische Instabilität, untragbare Lebensumstände und Umweltzerstörung bilden nach Ansicht von *R. Müller-Syring* die entscheidenden Beweggründe, die Menschen in aller Welt zur Flucht zwingen. Es sei ein hartnäckiger wie weit verbreiteter Mythos, daß das vorrangige Ziel von Flüchtlingen Europa oder gar Deutschland sei. Neunzig Prozent aller Flüchtlinge lebten nach wie vor in der Dritten Welt. Die internationalen Migrations- und Fluchtbewegungen hätten sich zu einem der größten Weltordnungsprobleme entwickelt, dessen sinnvolle und humane Bewältigung außerordentliche Anstrengungen erfordere. Er plädierte in diesem Zusammenhang für die phantasivolle Gestaltung einer multikulturellen Gesellschaft sowie für eine zielgerichtete Beseitigung der Fluchtursachen. Allerdings müsse beachtet werden, daß die weltweiten Wanderbewegungen auch Ergebnis der gewachsenen Kommunikation und Mobilität seien. Es gelte daher, diese als

Merkmal unserer Zivilisation zu be- greifen, die damit verbundenen Chan- cen zu nutzen und die ebenfalls vor- handenen Gefahren weitgehend aus- zuschalten.

K. Milder-Spindler verwies darauf, daß in Europa eine Ost-West-Wande- rung nicht unbedingt eine neueartige Erscheinung sei. Vielmehr werde hier die Normalität wiederhergestellt, wie sie bis zum Zweiten Weltkrieg bestan- den hatte. Seine These, die „Tiefkühl- truhe des Kommunismus“ habe eth- nische Konflikte und Wanderungsbe- wegungen „eingefroren“, die nun, nach dem Einsetzen des „Tauwetters“ erneut virulent würden, stieß auch auf Wider- spruch. Einige Diskussionsteilnehmer meinten, ethnische Konflikte seien nicht per se und permanent gegeben, sondern würden unter bestimmten historischen, sozialen und kulturellen Bedingungen aufbrechen.

A. Kress verwies auf die vor allem seit Beginn der achziger Jahre negative Bilanz Afrikas in nahezu allen Berei- chen der Wirtschaft, der Entwicklung, der Umwelt und der Lebensverhält- nisse. Unter diesen Umständen sei al- lein verwunderlich, daß nicht noch mehr Afrikaner diesen Kontinent verließen. Er meinte, Hilfe zur Selbsthilfe bedeu- tete im Verhältnis Europa-Afrika, daß Europa sich auch selbst helfen würde, falls es Afrika massiv beistünde.

A. Krause gab einen Überblick über Brennpunkte des Flüchtlingsdramas in Asien: Afghanistan, Sri Lanka, Kam- bodscha und Vietnam. Besonders schwer sei Afghanistan betroffen. Es gäbe keinen Konflikt, der die demo- graphische Situation eines Landes so schwerwiegend deformiert habe, wie dies in Afghanistan der Fall sei. Für Vietnam sei bemerkenswert, daß wäh-

rend des Krieges Fluchtbewegungen in erster Linie innerhalb des Landes statt- fanden. Erst nach dem Sieg der pro- kommunistischen Kräfte und der Wie- dervereinigung setzte die Bewegung der „boat people“ ein. Angesichts der Flüchtlingsströme in der Dritten Welt, und nur dort, sei diese Bezeichnung zutreffend, stelle die Aufnahme und Integration von zum Teil Millionen Menschen innerhalb relativ kurzer Zeiträume ein erstaunliches Phänomen dar, welches näher zu untersuchen ein wichtiges Forschungsthesiderat dar- stelle.

H. Müller untersuchte die Migra- tionsbewegungen zwischen Nordafrika und Südeuropa, die sich im Rückblick seit der Kolonialisierung Nordafrikas als eine durchaus wechselseitige Er- scheinung erwiesen haben. Je nach innenpolitischen Prioritäten, Arbeits- kräftebedarf oder kriegerischen Ent- wicklungen seien Migrationsbewe- gungen in die eine und in die andere Richtung ausgelöst worden. Jedoch verursache die gegenwärtige Immi- gration aus dem Maghreb beispiels- weise in Frankreich (von den Rechts- extremisten geschürte) Ressentiments, da im Gegensatz zum lediglich zeit- weiligen Aufenthalt von männlichen Arbeitskräften in der Vergangenheit mittlerweile die Dauermiederlassung von Familien mit mehreren Kindern dominiere.

Insgesamt war die Veranstaltung ein passabler Einstieg in eine sicher zu vertiefende und auch zu konzentrieren- de Diskussion zu einer Thematik, die den Süden und den Norden auf vielfäl- tige, zum Teil problematische Weise verknüpft.

Rolf Müller-Syring